



AFRIKA/SIMBABWE - Trotz Aufruf zur Beendigung der Gewalt kommt es weiterhin zu Menschenrechtsverstößen

Harare (Fidesdienst) – Wie aus dem Bericht 2011 des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen hervorgeht, gingen in Simbabwe die Anhänger der Nationalen Afrikanischen Union Simbabwe – Patriotische Front (ZANU-PF) gewaltsam gegen Mitglieder anderer Parteien, Journalisten und Bürgerrechtler vor. Dabei kam es auch zu Festnahmen und körperlicher Misshandlung, die in manchen Fällen auch zum Tod führte. Im Auftrag der ZANU-PF dringen Mitglieder krimineller Gruppen in private Grundstücke ein, wo sie zum Teil auch Wohnungen verwüsten. Obschon Präsident Mugabe und andere führende Politiker zur Beendigung der politischen Gewalt aufgerufen hatten, kommt es weiterhin zu solchen Menschenrechtsverstößen, die größtenteils straflos bleiben. (AP) (Fidesdienst, 19/06/2012)